Beschluss Ein Bekenntnis zur Kultur: Gegen den schwarz-roten Kultur-Kahlschlag!

Gremium: Landesausschuss

Beschlussdatum: 01.10.2025 Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

Antragstext

- Die massiven Einsparungen im Kulturhaushalt sind absolut unverantwortlich. Sie
- missachten die Kulturrendite und schaden dieser Stadt. Sie sind sozialpolitisch
- ungerecht, denn sie treffen vor allem die kulturelle Bildung und dadurch
- 4 Projekte, von denen Menschen aus allen Lebenslagen profitieren. Die radikalen
- 5 Kürzungen im Kulturhaushalt sind aber nicht nur sozialpolitisch ungerecht, sie
- 6 gefährden auch den demokratischen Zusammenhalt in dieser Stadt. Denn es ist die
- 7 Vielzahl der kleinen und großen Bühnen, die vielen Bibliotheken,
- 8 Musikspielstätten und die unzähligen Projekte freischaffender Künstler*innen,
- die ein sichtbares Zeichen setzen gegen Diskriminierung, Menschenfeindlichkeit
- und die Verrohung des politischen Diskurses. Wer in diesem Umfang an Kultur
- spart, zerstört damit unser demokratisches Gemeinwesen. Bündnis 90/Die Grünen
- bekennt sich dagegen zur Kulturmetropole Berlin und macht sich stark für eine
- auskömmliche Finanzierung unseres Kulturlebens!
- 14 Wir fordern:
- 1. Mehr Raum für die Kultur!
- An der Raumfrage hängt die Zukunft der Kulturstadt Berlin. Um kreativ arbeiten
- 17 und Berlin zu einer Kulturmetropole machen zu können, benötigen unsere
- 18 Kulturschaffenden dringend mehr Arbeitsräume!
- 19 Gentrifizierung, steigende Mieten und Immobilienspekulationen machen es aber
- immer schwerer, bestehende Räume zu sichern. Die radikalen Mittelkürzungen für
- das Arbeitsraumprogramm und das Kulturraumbüro sind deshalb eine
- kulturpolitische Bankrotterklärung, die die Zukunft des Kulturstandortes Berlin
- 23 gefährden.
- 24 Wir fordern 3.000 zusätzliche, geförderte Arbeitsräume. Wir fordern viel mehr
- Möglichkeiten zur temporären Nutzung von Produktions- und Proberäumen. Wir
- fordern die kulturelle Zwischennutzung leerstehender Gewerberäume. Auch deshalb
- ist die auskömmliche Finanzierung der bestehenden Raumprogramme und eine
- 28 nachhaltige Kulturraumstrategie der Senatsverwaltung, die die Zukunft des
- 29 Kulturstandorts Berlin sichert, unverzichtbar.
- 2. Freie Szene stärken! Neben den etablierten Kultureinrichtungen sind es vor
- allen Dingen die vielen Tausend freischaffenden Künstler*innen, die das
- kulturelle Leben in dieser Stadt maßgeblich prägen. Es sind tausende von
- 33 Soloselbstständigen, die in Berlins wichtigstem Wirtschaftszweig, der
- Kreativwirtschaft, über 10 % der Einnahmen des Landes erwirtschaften. Unter
- oftmals prekären Bedingungen eröffnen sie uns neue ästhetische Horizonte, setzen
- 36 Zeichen gegen Menschenfeindlichkeit und engagieren sich für das Gemeinwohl. Es
- 37 ist deshalb skandalös, dass es einmal mehr die Freischaffenden besonders hart
- trifft! Zahlreiche Projekte werden zusammengespart oder fallen der schwarz-roten
- Einsparungswut zum Opfer! Auch das Arbeitsraumprogramm, das für viele

- 40 Kulturschaffenden Arbeitsräume sichert, darf weder gekürzt noch gestrichen
- 41 werden. Indem der Senat die Bedürfnisse der Freien Szene nicht berücksichtigt,
- gefährdet er die Zukunft der Kulturmetropole Berlin.
- Wir fordern deshalb den Senat auf, die Interessen der Freien Szene insbesondere
- bei Fragen der Kulturraumplanung stärker zu berücksichtigen. Geförderte
- Künstler*innen und Kulturschaffende benötigen Planungssicherheit:
- 46 Entbürokratisierung, transparente Förderentscheidungen und belastbare sowie
- zeitnahe Förderentscheide sind dafür unerlässlich.
- 48 3. Mindesthonorare sichern!
- 49 Die große Mehrheit der freischaffenden Künstler*innen in Berlin arbeitet und
- lebt unter prekären Bedingungen. Kulturarbeit bedeutet in vielen Fällen
- 51 Selbstausbeutung! Die Absenkung der Haushaltsmittel für Mindesthonorare ist
- deshalb nicht nur sozialpolitisch ungerecht sie ist eine Ohrfeige für die
- freischaffenden Kreativen in dieser Stadt. Es darf nicht sein, dass
- hochqualifizierte Selbstständige durch Berlin unterhalb jedes Mindestlohns
- 55 beschäftigt werden.
- Wir fordern deshalb die Finanzierung von Mindesthonoraren für Kulturschaffende,
- 57 die sich in landesgeförderten und bezirklichen Kultureinrichtungen und
- 58 Projektenengagieren.
- 4. Kulturelle Bildung retten! In Zeiten der gesellschaftlichen Polarisierung ist
- es wichtiger denn je, die außerschulische Demokratie- und Bildungsarbeit zu
- stärken. Die Kulturelle Bildung leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Entgegen
- den Ankündigungen im schwarz-roten Koalitionsvertrag wird die Kulturelle Bildung
- aber nicht ausgebaut, sondern ist von der Kürzungswelle besonders stark
- betroffen. Projekte wie der "KinderKulturMonat", "Bauereignis Schule" und viele
- andere sind gefährdet. Damit trifft es vor allem Projekte, die wichtige
- 66 Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Milieus leisten.
- 67 Wir fordern deshalb einen Ausbau der kulturellen Bildungsarbeit in Berlin über
- 68 den bisherigen Umfang hinaus und eine langfristige Sicherung und Stärkung
- 69 etablierter Projekte.
- 5. Keine Scheinselbstständigkeit der Musikschul-, Volkshochschul- und
- 71 Jugendkunstschullehrer*innen!
- 72 Es ist skandalös, dass Berlin nach dem Herrenberg-Urteil im Jahr 2022 und der
- Urteilsbegründung 2023 noch immer keine Lösung für die vielen, oftmals
- zer scheinselbstständig angestellten Lehrer*innen gefunden hat. Stattdessen arbeitet
- 75 noch immer ein Großteil der Betroffenen unter prekären Bedingungen und ohne
- 76 soziale Absicherung. Das ist sozialpolitisch ungerecht und schadet der Bildungs-
- und Kulturarbeit in den Bezirken.
- 78 Wir fordern genügend Geld in den Haushalten, um alle Lehrer*innen legal
- beschäftigen zu können, egal ob in Vollzeit, Teilzeit oder als Selbstständige.
- 80 6. Kulturelle Grundversorgung, kulturelle Teilhabe sichern!
- Eine vielfältige, kulturelle Grundversorgung ist Daseinsvorsorge und für unsere
- 82 demokratische Gesellschaft unerlässlich. Kulturelle Teilhabe und der Zugang zu
- 83 Kultur sind unverzichtbare Bestandteile unserer Demokratie. Die
- 84 Kürzungsmaßnahmen des schwarz-roten Senats schaden folglich nicht nur der enorm

- wichtigen Kulturarbeit in den Bezirken, sie beschädigen unsere Demokratie.
- 86 Wichtige Finanzierungsinstrumente wie die "Zielvereinbarung Öffentliche
- Bibliotheken" wurden drastisch zusammengekürzt. Die Bezirksbibliotheken,
- 88 kommunalen Galerien, Kinder- und Jugendtheater, Volkshoch-, Musik- und
- 39 Jugendkunstschulen, aber auch soziokulturelle Zentren sind von der Kürzungsorgie
- 90 direkt oder indirekt betroffen. Komplette Streichungen der Mittel, Veränderungen
- der Zielvereinbarungen und massive Einschnitte wie z.B. beim "FABiK"-Fonds zur
- Finanzierung von Ausstellungshonoraren treffen die bezirkliche Kulturarbeit
- empfindlich! Damit trifft es jene Kulturorte besonders, die auf die kulturelle
- Teilhabe aller hier lebenden Menschen abzielen. Gerade die vielen bezirklichen
- und projektgeförderten Kulturakteur*innen schaffen kostengünstige Angebote, die
- auch von Menschen genutzt werden können, die sonst von kultureller Teilhabe
- 97 ausgeschlossen sind. Kulturelle Teilhabe darf nicht vom Geldbeutel abhängen!
- 98 Wir fordern deshalb den schwarz-roten Senat auf, die bezirkliche Kulturarbeit
- 99 finanziell sicherzustellen.
- 7. Kulturelle Infrastruktur sichern!
- 101 In einer vitalen Kulturmetropole ist eine funktionierende, barrierefreie
- 102 Infrastruktur, kritische Infrastruktur. Die mangelhafte Finanzierung unserer
- ios öffentlichen Infrastruktur in den letzten Jahrzehnten steht dem leider entgegen.
- 104 Unsere Spielstätten, Museen oder Bibliotheken befinden sich deshalb allzu oft in
- einem beklagenswerten Zustand. Statt die kulturelle Infrastruktur wirklich
- zukunftsfähig zu machen, setzt der Senat auf halbgare Finanzierungsmodelle wie
- die Beleihung von Grundstücken oder Transaktionskredite. Solche
- finanzpolitischen Taschenspielertricks sind nicht geeignet, um der aktuellen
- 109 Situation auch nur ansatzweise gerecht zu werden.
- Wegweisende Infrastrukturprojekte wie die Sanierung der Komischen Oper müssen
- 111 nachhaltig finanziert und haushälterisch abgesichert werden.
- Wir fordern den Senat auf, kulturelle Infrastruktur als kritische Infrastruktur
- zu behandeln und auch Bundesmittel dafür zu verwenden.
- 114 8. Vielfalt hochhalten!
- Ganz gezielt schaden die schwarz-roten Kürzungen insbesondere solchen
- Förderstrukturen, die die Diversität stärken und sichtbar machen sollen.
- 117 Wegweisende Förderinstrumente wie die Einrichtung "Diversity, Arts, Culture"
- sind bedroht. Damit zerstört der schwarz-rote Senat Förderstrukturen, für die
- der Kulturstandort Berlin international geschätzt wird. Es muss deshalb unser
- Anspruch sein, die Vielfalt unserer Kulturszene sichtbar zu machen, die
- 121 Antidiskriminierungsarbeit zu stärken und Betroffene zu unterstützen.
- Die drastischen Kürzungen bei der Diversitäts- und Antidiskriminierungsarbeit
- müssen deshalb zurückgenommen werden!
- 9. Vielfältiges Erinnern für eine vielfältige Stadt!
- 125 Um der kulturellen Vielfalt dieser Stadt gerecht zu werden, fordern wir eine
- Erinnerungskultur, die den verschiedenen Perspektiven aller Menschen in dieser
- Stadt gerecht wird. Hierzu gehört insbesondere die Erinnerung an den
- 128 Kolonialismus, dessen Spuren bis heute nachwirken und die noch immer überall
- in Berlin sichtbar sind. Einsparungen dürfen deshalb nicht zu Lasten der

- Erinnerungskultur gehen! Nach dem Ende des Modellprojekts "Dekoloniale" ist der
- Senat in der Pflicht, weitere (de-)koloniale Projekte zu unterstützen und
- Erinnerungsorte sichtbar zu machen.
- Wir fordern, die Erinnerungspolitik, insbesondere in den Bezirken, zu stärken.
- 134 10. Ein Bekenntnis zur Kultur Kulturfördergesetz jetzt!
- Der schwarz-rote Senat beweist mit seiner planlosen Finanzpolitik, dass ihm das
- kulturelle Leben und die Kulturschaffenden in dieser Stadt egal sind. Damit muss
- Schluss sein! Der Senat muss sich endlich zum großen Wert der kulturellen Arbeit
- in Berlin bekennen! Der bedarfsgerechte Ausbau der räumlichen Infrastruktur für
- kulturelle Zwecke muss in einem Kulturfördergesetz ebenso verankert werden wie
- stabile Förderstrukturen für etablierte Projekte und Kultureinrichtungen. Das
- 141 Gesetz soll sich dabei zur ökologischen Nachhaltigkeit von Projekten und
- Einrichtungen ebenso bekennen wie zur Förderung von Transparenz und Diversität.
- Auch die soziale Absicherung von Kulturschaffenden und eine faire Bezahlung
- 144 gehören in ein Kulturfördergesetz.
- 145 Wir fordern deshalb zeitnah ein Kulturfördergesetz, das die Vielfalt des
- kulturellen Lebens in Berlin langfristig sichert und weiterentwickelt.